



⇒ Jared Sonnicksen

Den Populismus an der Wurzel packen? Tobias Müller geht auf ideengeschichtliche Spurensuche und liefert Indizien für eine Revision des Populismuskurses

Die Populismusforschung erlebt in den letzten Jahren einen enormen Zuwachs in den Sozialwissenschaften. Dies zeigt sich auch daran, dass der Verweis hierauf zu Beginn meiner Rezension eines Buches zum Thema Populismus längst keine ausgefallene Einleitung mehr darstellt. Angesichts zahlreicher und vielfältiger neuerer Forschungsbeiträge ist es umso bemerkenswerter, dass Tobias Müller mit seiner Studie zu den ideengeschichtlichen Wurzeln des Populismus ein origineller Beitrag zu diesem Forschungsfeld gelingt – und dies zudem anhand des nicht gerade wenig erforschten Falls der USA. Es werden dabei Erkenntnisse zutage gefördert, die von generellerem Interesse für die Populismusforschung sein dürften. Da die US-populistische Bewegung und die *Populist* bzw. *People's Party* des späten 19. Jahrhunderts nicht nur als Namens- und Ideengeber für spätere populistische Bewegungen, sondern auch als exemplarischer Fall für die Entstehung des Populismus begriffen werden, wirft diese Studie die Frage auf, ob sich nicht einige Missverständnisse in der Populismusforschung und dem gesellschaftspolitischen Diskurs festgesetzt haben. Kurzum: Tobias Müller will uns wohl auch *irritieren* (siehe z.B. explizit 307). Mit dieser lesenswerten Studie ist ihm eine anregende wie aufschlussreiche Provokation gelungen.

Zu den Ausgangspunkten der Studie gehört nicht nur die Feststellung einer gewissen Geschichtsvergessenheit in der Auseinandersetzung mit Populismus. Auch die in der Forschung vorhandenen Verweise auf die *People's Party* würden diese frühen Populist*innen meist verzerrt darstellen.

Dies geschehe dadurch, dass sie entweder aufgrund der progressiven Elemente ihrer Programmatik als Ausreißer oder keine »echten« Populist*innen bezeichnet würden (trifft laut Müller eher auf die deutschsprachige Politikwissen-

Tobias Müller (2020): Die Wurzeln des Populismus. Eine Ideengeschichte in den USA des 19. Jahrhunderts, Bielefeld: transcript. 344 S., ISBN 978-3-8376-5300-7, EUR 40,00.

DOI: 10.18156/eug-2-2021-rez-14

schaft zu), oder als Fortsetzung einer länger währenden Tradition in den USA behandelt würden (eher in der US-Politikwissenschaft) (7–14). Zu Letzterem herrsche die Auffassung, dass die Populist*innen des späten 19. Jahrhunderts in eine ideengeschichtliche Entwicklungslinie einzuordnen seien, die von Thomas Jefferson bzw. der *Jefferson'schen Demokratie* und Andrew Jackson bzw. der *Jackson'schen Demokratie* vorgeprägt wurde. Die Überprüfung, ob sich die *Populist* bzw. *People's Party* und die damit verbundene Bewegung als »ideelle Wiedergänger« (10) von Jefferson und Jackson erweisen, macht die leitende Fragestellung der Studie aus.

Zur Beantwortung dieser Frage wird das Buch in drei Hauptabschnitte mit jeweils einem Kapitel zu Jefferson (Kap. 1), Jackson (Kap. 2) und den *Populists* (Kap. 3) aufgeteilt. Im Anschluss an die drei Fallanalysen folgen im Fazit ein vergleichendes Resümee sowie analytische Implikationen für die Populismusforschung und einige normative Schlussfolgerungen. Die Reihenfolge der Hauptkapitel gestaltet sich gemäß dem Interesse an ideengeschichtlicher Entwicklung konsequenterweise chronologisch. Die jeweiligen Unterkapitel sowie die abschließende vergleichende Auswertung im Fazit werden hingegen thematisch organisiert. Die thematischen Unterkapitel beginnen mit einer komplexen Kontextualisierung des jeweiligen Falls, wobei insbesondere sozio-ökonomische und politisch-institutionelle¹ Bedingungen erfasst werden. Es ließen sich bei diesen Abschnitten zwar Einwände gegenüber vereinzelt Stellen einbringen, die mehr Präzisierung oder Differenzierung benötigt hätten.² Allerdings überwiegt, dass diese Abschnitte den roten Faden beibehalten, trotz der Gefahr des

(1) Hier geht es insbesondere um die demokratierelevanten institutionellen Bedingungen bzw. deren jeweiligen Entwicklung (z.B. Wahlrecht, Parteiensystem, Beziehungen zwischen Bundesorganen untereinander sowie zwischen Bund und Einzelstaaten).

(2) Eine erwähnenswerte Korrektur betrifft bspw. den Hinweis, dass Jefferson aufgrund seiner Nichtbeteiligung am Verfassungskonvent nicht zu den *Founding Fathers* im engeren Sinne gehöre (51), womit aber offenbar der Begriff mit dem der *Framers* (den eigentlichen Verfassungsautoren) verwechselt wurde. Noch nennenswerter erscheint die Behauptung, dass der Kongress im späten 19. Jahrhundert zum »Machtzentrum« wurde, nachdem es zu einer »massiven Aufwertung« des Präsidentenamtes durch Jackson und Lincoln kam (223). Dies stellt jedoch eine Verzerrung dar, weil acht (!) dazwischen liegende Präsidentschaften ausgelassen wurden. Diese waren keineswegs von einer starken Stellung ihrer Amtsinhaber gekennzeichnet (deren Namen, wie etwa der von Millard Fillmore, sind daher selbst US-Kenner*innen häufig unbekannt). Deshalb sind Jackson (1829–1837) und Lincoln (1861–1865; der nicht zuletzt während des US-Bürgerkriegs regierte) eher als außergewöhnlich denn als typisch für die Dynamiken im Gewaltenteilungssystem des 19. Jahrhunderts zu betrachten.

Sich-Verzetteln bei Kontextualisierungsversuchen gegenüber historisch bereits intensiv erforschten Gegenständen. Zudem stimmt das Vorgehen mit dem in der Einleitung angekündigten methodischen Vorgehen (20–27) einer kontextbewussten Erfassung der Ideen der ausgewählten Akteure überein. Dies fördert auch die genauere Prüfung der Existenz einer Traditionslinie, in die die *Populists* häufig eingereiht werden. Dementsprechend gehen die Kapitel zur Jefferson'schen und Jackson'schen Demokratie und zu den *Populists* vertieft auf Ideen und Verständnisse bezüglich der Bürgerschaft, deren Inklusion und Beteiligungsmöglichkeiten sowie der Organisation der Wirtschaft und des – mehr oder weniger interventionistischen – Staatsverständnisses ein.

Die kontextualisierten ideenhistorischen Rekonstruktionen führen zu einer Vielzahl interessanter Befunde. Die Auseinandersetzungen mit Jefferson und Jackson bereiten zudem die Basis für den Revisionsbedarf, den die Analyse der *Populists* offenlegt. Tobias Müller zeigt beispielsweise, dass der oft als ›radikaler Demokrat‹ bezeichnete Jefferson weder als Anhänger der unmittelbaren Demokratie noch der breiten Inklusion »gewöhnlicher« Bürger*innen gelten kann, sondern sich »der Notwendigkeit politischer Repräsentation vollends bewusst war« (87) und einige Qualifikationen wie Bildung und Eigentum als Voraussetzungen für eine (von ihm zeitlebens präferierte agrarisch geprägte) Republik vorsah. Von Jackson selbst wie einem Großteil seiner Anhängerschaft sollte hingegen die »uneingeschränkte Aufwertung des Gewöhnlichen« ausgehen (144). Zu den Ansichten der *Jacksonian Democrats* und der Amtsführung Jacksons gehörten etwa der prononcierte Rekurs auf das allgemeine Volk und die Befürwortung seiner unmittelbaren Inklusion in staatliche Institutionen, die allerdings möglichst wenig in das sozio-ökonomische Leben eingreifen sollten. Zusammen mit der geforderten Aufwertung des Präsidentenamts, die mit dessen Wahl durch das Volk begründet wurde, lassen sich hier eher einige Anknüpfungspunkte für als typisch dargestellte Merkmale des Populismus festmachen, wie die Betonung der Volkssouveränität, der *common people* und des Mehrheitsprinzips oder die Affinität für ›starke‹ Führungspersonen.

Gerade vor diesem Hintergrund sieht Müller bei den *Populists* und der *People's Party* einen Bruch mit ihren vermeintlichen Vorgängern Jefferson und Jackson. Darüber hinaus werden in einigen wesentlichen Punkten markante Differenzen mit gegenwärtigen Konzepten des Populismus ersichtlich. Zwar gingen bereits die *Populists* bzw. *People's Party* kritisch mit den politischen und ökonomischen Eliten

um und einige ihrer Forderungen nach Demokratie- und Parlamentsreformen wie die Einführung direktdemokratischer Instrumente muteten vorerst majoritär an. Allerdings richteten sich diese Vorstöße nicht gegen repräsentativdemokratische Verfahren und Institutionen, sondern zielten ausdrücklich auf deren *Ergänzung* ab (insb. 242ff.), die noch weiter durch ein *Verhältniswahl*system voranzutreiben sei, welches eine effektivere Repräsentation des *Interessenpluralismus* fördern sollte (242ff. und 252f.).³ Daraus ließe sich – ebenfalls im Gegensatz zu einem üblicherweise postulierten Kennzeichen des Populismus – keine *anti-pluralistische* wie *anti-etatistische* Haltung ableiten. Dass die Programmatik der *Populists* vielmehr interventionistische Erwartungen an den Staat beinhaltete, zeigt sich etwa an deren Forderungen nach intensiverer Regulierung des Bankwesens und der Wirtschaft – bis zur Verstaatlichung von »natürlichen Monopolen« wie dem Postwesen und einigen Transportsystemen (277) – und nach erweitertem Zugang zu Bildung sowie sogar dem Ausbau von Umverteilungsmaßnahmen wie der Einführung einer progressiven Einkommensteuer (286ff.).

Abschließend werden die Differenzen zu Jefferson und Jackson in Bezug auf das jeweilige Staatsverständnis, die »gesellschaftspolitische Vision«, die anvisierte bzw. geforderte Gestaltung »politischer Prozess[e]« und das Leitbild gesellschaftspolitischer Integration dargestellt (297). Hier wird noch einmal deutlich, dass dem Aufkommen der ursprünglichen Populist*innen zwar durchaus relevante, auch ermöglichende, gesellschaftliche und politisch-institutionelle Entwicklungen vorausgingen, wie der Wandel in Produktions- und weiteren Wirtschaftsverhältnissen, die Ausweitung des Wahlrechts und die einsetzende Modernisierung staatlicher Verwaltung; und dass es Anknüpfungspunkte zu ideellen Vorgängern gab, wie dem Wert der Bildung für die Republik bei Jefferson oder die Aufwertung des Volks bei Jackson. Allerdings scheint die *Populists/People's Party* wenig mit einem Populismus gemein zu haben, der jenen Individualismus verkörpert, der primär an der Verfolgung des Eigennutzes – bei gleichzeitig staatsfeindlicher *laissez-faire*-Haltung – interessiert ist. Statt-

(3) Dies weicht bspw. von der von Dahl vorgenommenen klassischen Konzeptualisierung des »Populistic«-demokratischen Typus (Dahl 1956, 34-62) ab, der u.a. auf Mehrheitsprinzip und Volkssouveränität ausgerichtet sei, und dem der »Madisonian«-demokratische Typus gegenübergestellt wurde, welcher eher auf komplexer Gewaltenteilung und pluralistischer Interessenvertretung beruhe. Auch wenn Dahls Charakterisierung für den gegenwärtigen Populismus noch informativ ist, so lässt sie sich nach Müllers Analyse wohl nicht auf die US-*Populists* beziehen.

dessen stechen Gemeinwohlorientierung und progressive Reformprogramme hervor, deren Umsetzung auch mittels einer direkteren und inklusiveren Demokratisierung erhofft wurde.

Der Erkenntnisgewinn über die eigentlichen Wurzeln des Populismus ist nicht nur irritierend im Sinne eines unerwarteten Ergebnisses. Die Studie lädt außerdem zu der »heilsame[n] Irritation« ein (310), die auch die politische Praxis dazu anregen soll, von diesem historischen Populismus zu lernen. Dessen »Erbe« werde nicht »Donald Trump« gerecht – wie der vorherrschende Tenor im wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs vermuten ließe –, sondern vielmehr »Bernie Sanders« oder »Alexandria Ocasio-Cortez« (307). Entsprechend lassen sich die Ergebnisse von Müllers Studie folgendermaßen zusammenfassen: Als empirisches Ergebnis zeigt sich, dass der heutige Populismusbegriff und einige Verständnisse von den frühen *Populists* abweichen; sie wurden von ihrem eigentlichen Kontext ent wurzelt; als normatives Ergebnis gilt es, für die Lösung einiger gegenwärtiger Probleme vom historischen Populismus zu lernen, jedoch auch die substanziellen Aspekte seiner reformerischen Programmatik mit zu verpflanzen. Im Umkehrschluss suggeriert das Buch, um im Bild zu bleiben: Die heute dominierenden (Rechts)Populist*innen hätten eine primär nominelle Gemeinsamkeit mit ihrem historischen Stamm; die entwicklungshistorische Verästelung, die dazu führte, ist komplex; aber diese Triebe laufen eher auf einen Fehlwuchs als auf eine nützliche Fortpflanzung des echten Populismus hinaus.

Zu kritisieren bleibt aus meiner Sicht, dass die Studie gelegentlich Missverständnisse oder Zerrbilder über die USA wiedergibt. Diese finden sich sowohl in den Abschnitten zum »Begriff des politischen Denkens« (17–20) als auch zur »Methode« (26f.). Gerade weil die Studie eine Revision als eines ihrer leitenden Ziele erstrebt, wirkt dies (gewiss unfreiwillig) umso irritierender. Im ersten Fall heißt es, dass anstelle von politischer Philosophie »politisches Denken« in Bezug auf die USA der passendere Begriff sei; schließlich sei es angesichts des »pragmatischen« Hangs der Amerikaner*innen zur »Problemlösung« »kein Zufall, dass die USA keinen Hegel hervorgebracht haben« (18). Zu den Gründen für den (vermeintlichen) amerikanischen Mangel an politischer Philosophie wird die Distanz zum politischen Alltag angeführt, die dafür nötig sei, ein ausreichendes Abstraktionsniveau für komplexe Theoriebildung zu erreichen. Ironischerweise führt Müller die Bildung von »Gerechtigkeitstheorien« hierfür als Beispiel an (also spätestens hier lassen Martha Nussbaum und John Rawls grüßen). Ähnlich verzerrt scheint der Verweis auf einen »he-

gemonialen Liberalismus« (Vorländer 1997) als zutreffende Beschreibung für den »einheitliche[n]« gesellschaftspolitisch-sprachlichen Kontext (26). Zum einen wird damit Vorländers Studie verkürzt, die nicht zeigt, wie der Liberalismus von 1776 bis 1920 dominierte, sondern wie es bis 1920 zu einer liberalen Dominanz kam. Zum anderen wird mit der Behauptung eines einheitlich liberalen Sprachkontextes im Grunde die sogenannte »Hartz-These«⁴ wiederholt, die aber längst ihre eigene kritische Revision erfahren hat (siehe bspw. Shklar 1991; Hulling 2010; Rogers 1993), was mehr als fällig ist, zumal schon die Debatten um die US-Verfassung im späten 18. Jahrhundert zeigen (siehe bspw. Lhotta 2010), dass neben dem vermeintlich immer dominierenden Liberalismus stets unterschiedliche Denktraditionen und ideologische Ausrichtungen vorhanden waren.

Mit Blick auf die weitere wissenschaftliche Forschung zeigt die Studie von Tobias Müller Revisionsbedarf auf. Inwiefern oder in welchem Ausmaß dies geschehen soll, ist allerdings noch unklar. Der vom Autor erhobene Revisionsanspruch richtet sich gegen den Forschungskonsens zur Ideologie und zu weiteren attestierten ideellen Grundzügen des Populismus, wofür der Autor im Einleitungskapitel wiederholt Karin Priester als besondere Stellvertreterin anführt. Hier reklamiert Müller für seine Studie, dass diese aufzeige, dass »alle von Priester [2007] vertretenen Annahmen hinsichtlich des ideologischen Kerns des Populismus höchst problematisch« seien (14). Ob nun wirklich *alle* der Revision bedürfen, lässt sich sicherlich bezweifeln. Schließlich manifestiert sich der Populismus in vielen Ländern, während dessen ideengeschichtliche Wurzeln keineswegs allein dem US-Kontext entstammen (siehe Jörke/Selk 2017). Die von Tobias Müller vorgebrachten Indizien laden jedoch zu einer Kurskorrektur in der Rezeption der US-amerikanischen *Populists* ein. Die überzeugende Herausarbeitung dieser Notwendigkeit ist eine wichtige Leistung. Sie regt zur weiteren Reflexion an, sowohl über die Herkunft des historischen Populismus als auch über eine mögliche Zukunft, die sich von ihm zu progressiv-demokratische Reformen inspirieren lassen können. Und obwohl man nun das Ergebnis der Spurensuche schon kennt; dieses

(4) Nach dem Politikwissenschaftler Louis Hartz benannt, dessen *The Liberal Tradition in America* (Hartz 1955) einige Jahrzehnte eine dominante Interpretation der amerikanischen politischen Kultur wurde; diese sei – die These sehr kurz resümierend – von Anfang an von einem weitreichenden liberalen (insb. ›Locke'schen‹) Grundkonsens gekennzeichnet und relativ ideologiefrei gewesen; dies zusammen mit dem Fehlen einer feudalen Geschichte würde wiederum das Fehlen von Klassenbewusstsein und deshalb auch das Fehlen von Sozialismus in den USA erklären.

außergewöhnlich gut geschriebene wissenschaftliche Buch verspricht eine spannende Lektüre.

⇒ Literaturverzeichnis

Dahl, Robert (1956): A Preface to Democratic Theory, Chicago: University of Chicago Press.

Hartz, Louis (1955): The Liberal Tradition in America: An Interpretation of American Political Thought Since the Revolution, New York: Harcourt, Brace and Company.

Hulling, Mark (Hg.) (2010): The American Liberal Tradition Reconsidered. The Contested Legacy of Louis Hartz, Lawrence: University Press of Kansas.

Jörke, Dirk / Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg: Junius.

Lhotta, Roland (Hg.) (2010): Die hybride Republik. Die Federalist Papers und die politische Moderne, Baden-Baden: Nomos.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a.M. / New York: Campus.

Shklar, Judith (1991): Redeeming American Political Theory, in: American Political Science Review, 85, 1, 3–15.

Smith, Rogers M. (1993): Beyond Tocqueville, Myrdal, and Hartz: The Multiple Traditions in America, in: American Political Science Review, 87, 3, 549–566.

Vorländer, Hans (1997): Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken und Politische Kultur in den USA, 1776–1920, Frankfurt a.M. / New York: Campus.

Jared Sonnicksen, *1978, Dr. phil., PD, Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt (sonnicksen@pg.tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Sonnicksen, Jared (2021): Rezension: Den Populismus an der Wurzel packen? Tobias Müller geht auf ideengeschichtliche Spurensuche und liefert Indizien für eine Revision des Populismuskurses. (Ethik und Gesellschaft 2/2021: Friedensethik und Geopolitik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2021-rez-14> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für soziaethik

2/2021: Friedensethik und Geopolitik

Peter Rudolf: Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Wolfgang Huber: Streit um den gerechten Frieden – Aktuelle Herausforderungen der Friedensethik

Bernhard Koch: Die kirchliche Friedensdebatte – Beobachtungen aus philosophischer Sicht

Julian Zeyher-Quattlander: Wieviel Gewaltfreiheit verträgt der Gerechte Frieden? Zur gegenwärtigen Debatte um Aufbrüche jenseits der Rechtsethik innerhalb der evangelischen Friedensethik in Deutschland

Max Weber: To Hack Back or Not? Eine friedensethische Analyse von Cyberoperationen vor dem Hintergrund des Leitbilds des Gerechten Friedens

Nicole Kunkel: Autoregulative Waffensysteme. Automatisierung als friedensethische Herausforderung – ein Werkstattbericht